

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblatthaus.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Jerntauf:

Tagblatthaus Nr. 6400-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Bestellschein. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Einzelnen-Preis für die Zeile: 40 Bfg. für deutsche Anzeigen; 60 Bfg. für auswärtige Anzeigen; M. 2.— für deutsche Reklamen; M. 2.25 für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unwesentlicher Änderungen entsprechende Reduzierung. — Anzeigen-Einnahme: für beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lüchow 6202 und 6203.

Dienstag, 29. Juli 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 334. • 67. Jahrgang.

Die Nationalversammlung.

mz. Weimar, 28. Juli.

Am Regierungstisch: Erzberger, David, Müller, Dr. Bausch und andere.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der allgemeinen politischen Aussprache über

Die Erklärung der Regierung.

Abg. Dr. Loebe (Soz.) wiederholt den Antrag, den Gehrentwurf über den Staatsgerichtshof mit der allgemeinen politischen Debatte zu verbinden. — Abg. Schulz-Bromberg (D.-Nat.) erhebt dagegen Widerspruch. — Abg. Hausmann (Dem.) stimmt dem Antrag Loebe zu. — Präsident Fehrenbach kann eine bestimmte Zusage nicht machen, da ein zweiter Deutsch-Nationaler zu Wort kommen will, aber nach Rücksicht dahin wickeln. — Der Antrag Loebe wird mit großer Mehrheit angenommen.

Reichsminister Dr. David:

Die Frage nach der Schuld am Ausbruch des Krieges, nach der Verantwortung für seine Verlängerung und für keinen Verlust bewegt heute alle Teile unseres Volkes aufs tiefste, und deshalb hat die Regierung den dringenden Wunsch, daß der Entwurf eines Staatsgerichtshofes so rasch wie möglich verabschiedet wird. Es liegt ein Antrag Heine vor, der darauf ausgeht, den Entwurf völlig zu verwässern. (Abg. Dahl ruft: Objektiv zu gestalten!) Die Kritik von Professoren an politischen Dingen ist im Kriege noch tiefer gesunken als unsere Wälder (Sehr gut! links), und nach dem, was wir an politischer Objektivität von politischen Juristen erlebt haben, ist auch nicht zu verlangen, daß das Volk ihnen ein besonderes Vertrauen entgegenbringt. Der im Entwurf vorgesehene parlamentarische Ausschuss von Mitgliedern aller Parteien ist die beste Einrichtung für die Objektivität der Tatsachen. Denn jede Partei kontrolliert die andere. Dazu tritt als zweite Instanz

der Staatsgerichtshof.

Auch die Nichtbeteiligten haben ein Interesse daran, daß ein solcher Staatsgerichtshof eingerichtet wird. Er gewährt ihnen Schutz gegen den Schiedspruch eines einseitig zusammengesetzten Entente-Gerichtshofes. Die Reichsregierung wünscht nur Wahrheit und Gerechtigkeit nach allen Seiten. Ein Antrag Loebe wünscht Veröffentlichung aller der Regierung bekannten Geheimnisse. Die Regierung hat zu erklären, daß die Veröffentlichung aller dieser Dokumente in umfassendem Ausmaß vorbereitet ist; die den Waffenstillstand betreffenden werden schon in den allerersten Tagen der Öffentlichkeit unterbreitet, und auch die den Kriegsausbruch betreffenden werden schon in aller Kürze in Druck gegeben werden.

Die volle Wahrheit, die auf diesem Wege an den Tag kommen wird, dürfte für einzelne schmerzhaft und folgenreicher sein, der Gesamtheit des Volkes wird sie aber zum Segen gereichen.

(Beifälliger Beifall.)

Abg. Gothein (Dem.): Unbefreitbar hat der letzte Träger der Kaiserkrone die Beziehungen zum Ausland mehr gefährdet als verbessert infolge seines Mangels an Erkenntnis der politischen Notwendigkeiten und weil er sich selbst auf die Seite der Rechtspolitiker geschlagen hat. Er trägt einen wesentlichen Teil der Schuld an unserem Unglück. Die Erklärung in der Wiederherstellung der Monarchie die schwerste Gefahr nach innen und außen. Wir verteidigen daher aufs schärfste die republikanische Staatsform. (Anhaltender lautharter Beifall.) Die Rittellungen Erzbergers über die Papstnote haben uns wohl alle überrascht. Wir halten es aber für unbedingt notwendig, daß auch die englische Note an den Papst, die Minister Erzberger nicht mitgeteilt hat, ebenfalls bekannt gegeben wird. Die Bekanntgabe des Geheimnisses durch Erzberger an den engeren Parteivorstand halten wir für bedenklich; aber wenn eine Vereinbarung des Gesandtschafts über den Staatsgerichtshof noch notwendig wäre, dann müßte sie gegeben durch das Gesicht des genannten Berichtes. Und nun möchten wir hören, daß dieser Bericht keinen Eindruck gemacht hat. Das ist ein Zeugnis schwertragender politischer Unfähigkeit. Die Beendigung des Krieges im Jahre 1917 hätte uns 5- bis 600 000 unserer besten Art. (Bewegung.) Es kommt hinzu, daß nicht erst im Herbst 1917, sondern schon Ende 1916 und Anfang 1917 eine noch günstigere Friedensgelegenheit gegeben war;

aber Präsident Wilson erhielt durch uns einen Schlag ins Gesicht durch die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Die Entscheidung darüber ist in einer Kabinettsitzung vom 3. Januar 1917 in Abwesenheit Bethmanns und des Staatssekretärs des Äußern gefallen. Auch die Mehrheit des Reichstags trägt hier eine Mitschuld. Im Hausausdruck ist auf Antrag Seiber beschlossen worden, die Entscheidung über den U-Bootkrieg sei als rein militärische Frage allein durch die Militärgewalt vorzunehmen. Die Rechte vertrat eine Politik des Vabanque-Spiels. Ein ohnehin schon harter Staatsmann, unterstellt von dem starken Willen des Monarchen, hätte sich gegen den Terror durchsetzen können. Die Schuld trifft also die Militärs. Die Vaterlandspartei. Wer den Militärs nicht entgegengetreten, hat die Revolution gemacht. Aus unserer jammervollen Lage können wir nur durch würdige Zurückhaltung herauskommen. Herandrängen an den Völkerverbund wollen wir uns nicht. So lange er die Bestimmung hat, daß er nur durch einstimmigen Beschluß geändert werden kann, bleiben wir vorläufig besser fern. Ohne den Willen des gesamten Volkes können wir aus dem

Stund nicht heraus. Wer die Arbeiter zum Streik verführt, begeht ein Verbrechen am Volke. (Präsident Fehrenbach macht den Redner darauf aufmerksam, daß er die Redezeit bereits um die Hälfte überschritten habe.) Wir hoffen, daß die gesunden Kräfte unseres Volkes die Krisis überwinden werden.

Minister des Äußern Müller:

Radel wird freigelassen werden, sobald die russische Regierung erklärt, daß er mit ihrer Genehmigung nicht wieder nach Deutschland zurückkehren wird. Prinz Max von Baden wollte die Friedensvermittlung nicht sofort unter dem Druck des militärischen Zusammenbruchs in die Hand nehmen. Er richtete deshalb die bestimmte Anfrage an die Oberste Heeresleitung, ob diese sich bewußt sei, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der militärischen Zwangslage zum Verlust der deutschen Kolonien und deutscher Gebiete führen könne. Die Oberste Heeresleitung erklärte, auf ihrer Forderung der sofortigen Übermittlung des Friedensangebots bestehen zu bleiben. Die militärische Lage führte also zum Waffenstillstand. Die Dokumente aus der Zeit des Kriegsausbruches sind im Druck. Es kann selbstverständlich nicht die Rede davon sein, daß Deutschland der Alleinschuldige ist, ebenso aber auch nicht davon, daß die Centralmächte schuldlos sind. Ich habe beantragt, daß die Vorgänge, die über die Note des Runtius und die Antwort des Reichskanzlers Michaelis im Auswärtigen Amt vorhanden sind, festgesetzt und in einem Beibehalt der Nationalversammlung unterbreitet werden. Für heute sei nur gesagt, daß nur den Berichtführern die Aufgabe einer präzisen Erklärung über Belgien versprochen wurde und daß die Antwort Michaelis gerade das Gegenteil einer solchen präzisen Erklärung war. Ludendorff ist neben Tirpitz der größte Verderber gewesen. Ich sage dies in Bezug auf die Bemerkung des Abg. Gräse, wir zerschanden das Werk Bismarcks. Ich werde meine Politik entsprechend meiner Programmrede weiterführen, so lange ich das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses hinter mir habe.

Abg. Schulz-Bromberg (D.-Nat.): Die Enthüllungen Erzbergers bedürfen der Ergänzung. Erzbergers Ausführungen über die Friedensnote stehen im schärfsten Widerspruch zu den Ausführungen der feindlichen Staatsmänner.

Ministerpräsident Bauer:

Die Regierung denkt nicht daran, einen gesetzlichen Arbeitszwang einzuführen. Die Verantwortung für die Sünden des alten Regimes lehnen wir ab. Eine Rückkehr zur Monarchie ist für allezeit ausgeschlossen. (Beifälliger Beifall; Abwarten!) Gegenüber den Erklärungen des früheren Reichskanzlers Michaelis und des Generals Ludendorff gilt dann der Minister zwei Niederschriften bekannt, ein Schreiben des Reichskanzlers Michaelis an Hindenburg vom 2. September 1917, das andere die Antwort Hindenburgs darauf. Der Minister kommt danach zu folgendem Schluß: Kein neutraler Staat der Welt hätte damals angesichts der wachsenden Teilnahme Amerikas einen so völlig unzureichenden Vorschlag über Belgien, wie er in den erwähnten beiden Schreiben zum Ausdruck kommt, weitergegeben. Der Staatsgerichtshof wird die Schuld am deutschen Volke feststellen.

Reichsfinanzminister Erzberger: Meine Ausführungen sind nicht in einer Zeile entkräftet worden. Ich stelle fest: Die Rechte ist alle in Schuld an dem Unglück unseres Vaterlandes. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitssozialisten; Bischen rechts.)

Der preussische Landwirtschaftsminister v. Braun spricht sodann über den Landarbeiterstreik in Pommern und über den Pommerischen Landbund.

Darauf verlegt sich das Haus auf Dienstagvormittag 10 Uhr: Anfragen; Fortsetzung der politischen Aussprache; Verfassungsentwurf. — Schluß nach 8 Uhr.

Erzbergers Enthüllungen.

Die Geheimdiplomatie Michaelis'.

mz. Berlin, 28. Juli. Zu der Mitteilung, daß der ehemalige Reichskanzler Michaelis auch dem Bizekanzler v. Bayer das Friedensangebot der Entente verheimlicht habe, schreibt der „Vorwärts“: Durch diese Mitteilung wird das vernichtende Urteil über die Geheimdiplomatie Michaelis' bekräftigt. Dieser Mann unterstand sich, den wichtigsten Schritt in der diplomatischen Kriegsgeschichte vollständig auf eigene Faust, nur im Einvernehmen mit einer kleinen hinter ihm stehenden Clique von Kriegstreibern zu tun. Hier liegt das eigentlich Verbrechen des Michaelis'schen Handelns. Er war Bayer und dem Siebener-Ausschuß gegenüber zu genossener Information verpflichtet. Statt dessen verheimlichte er ihnen die wichtigsten Tatsachen und belog und betrog auf diese Weise das Parlament und Volk. Wegen dieser Handlungsweise gehört er unbedingt vor den Staatsgerichtshof.

Die verpönte Friedensgelegenheit.

mz. Versailles, 28. Juli. Ribot erklärte einem Vertreter des „Lemps“: Es ist richtig, daß die französische und die englische Regierung sich dahin einigten, auf die päpstliche Note nicht zu antworten, bevor Deutschland habe wissen lassen, welche Entschädigungen und Garantien es zu bewilligen bereit sei. Der englische Gesandte beim Heiligen Stuhl wurde ersucht, diese Gelegenheit zu ergreifen, um dem Kardinal Gaspari auszuweichen, daß kein ernstlicher Schritt unternom-

men werden könne, solange die Mittelmächte nicht ihre Absichten, namentlich hinsichtlich Belgiens, zu erkennen gegeben hätten. Als die französische Regierung die dem englischen Gesandten erteilten Instruktionen erhielt, drückte sie den Wunsch aus, daß dieser Diplomat ebenfalls beauftragt werde, Frankreich durch eine Verbalnote in die Antwort der englischen Regierung einzuschließen. Der englische Gesandte übernahm den Auftrag, dem Kardinal Gaspari im Verlaufe dieser Unterredung, die nur als rein offiziell angesehen werden konnte, eine Note zu hinterlassen. Kardinal Gaspari fühlte sich berechtigt, dem Runtius in München diese Depesche zu übermitteln, die soeben veröffentlicht wurde. Nach den von der französischen wie von der englischen Regierung ausgesprochenen Ansichten konnte es gefährlich sein, sich in eine etwas verfrühte Diskussion einzulassen. Deshalb gab die englische Regierung ihrem Gesandten beim hl. Stuhl entsprechende Instruktionen. Darauf allein ist die Antwort zurückzuführen. Was man besonders hervorheben muß, ist, daß Deutschland, vom Vatikan ersucht, sich ohne Hinterhalt über seine Ansichten bezüglich Belgiens auszusprechen, sich weigerte, dies zu tun. Es ist ganz klar, daß im August und September 1917 Deutschland keineswegs bereit war, uns (Lotharingen) zurückzugeben noch Belgien in seiner vollständigen Unabhängigkeit wiederherzustellen.

Die Ausführung des Friedensvertrages.

Vertagung der Friedenskonferenz?

mz. Amsterdam, 29. Juli. (Drahtmeldung des Wiesbadener Tagblatts.) Laut „Allgemein Handelsblatt“ meldet die „Sunday Times“, daß sich die Friedenskonferenz im nächsten Monat vertage, Balfour werde sich auf kurze Zeit nach England begeben, jedoch der größte Teil des Herbstes in Paris zubringen.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

mz. Berlin, 28. Juli. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Seit Wochen werden zwischen den zuständigen Stellen der Regierung und den Organisationen der Arbeiterschaft und Arbeitervereinigungen darüber gepflogen, in welcher Weise der von der Entente im Friedensvertrag geforderte Wiederaufbau bewerkstelligt werden kann. Abgesehen von den Fragen der Unterbreitung der Beteiligung des deutschen Unternehmertums und der Beschäftigung der Arbeiter durch Franzosen oder Deutsche spielen auch komplizierte Rechtsfragen eine Rolle, z. B. die juristischrechtliche Jurisdiktion über die Arbeiter und das weitere Verbleiben der deutschen auf fremdem Territorium befindlichen Werkleute unter der deutschen sozialen Gesetzgebung. Morgen begibt sich eine Kommission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, nach Versailles, um mit der französischen Regierung in eine Besprechung der Einzelheiten bezüglich der Regelung der streitigen Fragen einzutreten. Bevor die Grundlinien nicht endgültig festgelegt sind, kann den Arbeitern, die nach Frankreich zu gehen wünschen, über die Bedingungen, Lohn- und Unterhaltsverhältnisse keine Auskunft erteilt werden, da diese Bedingungen tatsächlich noch nicht vorliegen.

Ententeberatungen.

mz. Versailles, 28. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten hielt heute vormittag eine Sitzung ab, um die Vorschläge Tittonis über das interalliierte System der Verteilung von Kohle und Lebensmitteln zu prüfen. Die Frage wurde noch nicht geklärt. Der Rat bestimmte alsdann die Mitglieder der interalliierten Militärkommission, die die Grenzen zwischen Polen und Deutschland festsetzen soll. Auch nachmittags hielt der Rat eine Sitzung ab.

mz. Amsterdam, 28. Juli. Die „Morning Post“ meldet aus Paris, daß der Oberste Rat die Frage der russischen Blockade von neuem besprochen und beschlossen habe, Wilson auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die aus der Aufhebung der Blockade gegen Russland bestehen werde, da die einzige Folge die sein werde, daß die Bolschewisten neue Vorräte erhielten. — Laut „Allgemein Handelsblatt“ meldet Wilson im „Daily Telegraph“ aus Paris, daß jetzt, nachdem die Versuche Tittonis, Benizelos zur Anerkennung der bulgarischen Ansprüche auf den Besitz eines Streifens an der ägäischen Küste zu bewegen, die Angelegenheit von neuem dem Räte der fünf unterbreitet wird. Benizelos bietet Bulgarien einen Handelsweg nach dem Ägäischen Meer an. Bulgarien soll außerdem einen ungehinderten Zugang zu den Dardanellen erhalten.

Der Friedensvertrag für Österreich.

mz. St. Germain, 28. Juli. (Wiener Korr.-Bür.) Der aus Feldkirch hier angetroffene Staatskanzler Renner betonte gegenüber den versammelten Delegierten des Staatsamtes des Auswärtigen unter Hinweis auf den Beschluß in der Sitzung des Auswärtigen Amtes, daß das Scheitern Bauers aus dem Amt ein empfindliches Opfer für Deutsch-Österreich bedeute. Er fuhr fort: Der auswärtige Dienst muß sich mit dem Willen des Volkes auf die Demokratie stützen. Seine Aufgabe wird es sein, der gesamten Welt zu zeigen,

daß wir ein gutes, arbeitsfreudiges und begabtes Volk sind, das nur leben will, das als gleiches unter Gleichen wirken und durch seine Tätigkeit sich sein tägliches Brot verdienen will. Zunächst aber müssen wir einen Frieden durchleben, bei dem wir in Ehren leben können. Das, was uns vorgelegt wurde, ist keine Anweisung auf ein mögliches Leben, das ist der sichere Untergang. In wenigen Tagen müssen wir das Schicksal, das uns droht, von uns abwenden. Wir müssen vor der ganzen Welt bekennen und beweisen, daß die Würde, die man unseren Schultern zumutet, uns erdrückt, und daß mit diesem Verlust unsere Gegner sich selbst schädigen.

nz. Berlin, 29. Juli. Wie der „Secolo“ wissen will, hat die Konferenz der Alliierten beschlossen, weitere Zugeständnisse an Österreich nicht zu machen, die Grenzfestlegung wurde als endgültig angesehen.

Räte-Ungarn und die Entente.

nz. Wien, 28. Juli. Die Blätter melden: Der Präsident des ungarischen Arbeiter- und Soldatenrates Weltner und der Gewerkschaftsführer der ungarischen Metallarbeiter Bayer trafen auf Einladung der Wiener Ententekommission am Samstag in Wien ein, wo sie im Verein mit dem ungarischen Geandten Besprechungen mit den Chefs der Militärmissionen in Wien abhielten, um ein Übereinkommen zwischen den Ententekommissionen und der Budapest Räte-Regierung zu erzielen. Die Vertreter der Entente forderten den Rücktritt der Budapest Regierung. Die ungarischen Delegierten erklärten jedoch, daß auf der Grundlage des Rücktritts Bela Kuns nicht verhandelt werden könne. Die Budapest Regierung sei nur zu Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete bereit. Von einem freiwilligen Rücktritt der Räteregierung könne jedoch keine Rede sein. Die Verhandlungen sind noch nicht endgültig gescheitert, da Welner bis Mittwoch in Wien bleibt.

Der Friedensvertrag in der italienischen Kammer.

nz. Rom, 28. Juli. (Drahtmeldung des Wiesbadener Tagblatts.) (Stefani.) Ritti leste in der Kammer den Friedensvertrag von Versailles vor und erklärte, daß er an eine Vagledrige Kommission überwiesen werde, die vom Präsidenten der Kammer zu ernennen ist.

Ententemaßnahmen gegen den Bolschewismus.

nz. Paris, 27. Juli. Der „Matin“ meldet, daß der Oberste Rat der Alliierten beschlossen hat, über die Einfuhr von Waffen und Munition eine sehr strenge Kontrolle auszuüben, um die Bolschewisten zu verhindern, sich in dieser Beziehung zu verlorren.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

nz. Amsterdam, 27. Juli. In der Schlußsitzung der Konferenzen des internationalen Gewerkschaftskongresses antwortete der Vorsitzende des alten internationalen Gewerkschaftsbundes, Legien, Deutschland, auf die von belgischer Seite gegen die deutschen und österreichischen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe und sagte: Ein Protest der Führer der deutschen Gewerkschaften wäre ein kapitaler Protest ohne irgendwelche nützliche Wirkung gewesen. Darum habe man ihn unterlassen. Bei alledem hätten die Führer der deutschen Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber der Internationale getan. Die Deutschen gäben zu, daß Belgien Unrecht geüben sei, aber die Belgier hätten selbst helfen können, diese Last zu erheben, wenn sie dem Ruf der Deutschen Gehör geschenkt hätten und freiwillig nach Deutschland arbeiten gegangen wären. Sie hätten aber gerade in dem Augenblick, in dem die belgische Gewerkschaftsbewegung Gelegenheit gehabt hätte, mit den Deutschen zusammen zu arbeiten, erklärt, daß sie mit den Deutschen nichts zu tun haben wollten. Man könne von ihm und seinen Freunden aber nicht eine Erklärung verlangen, daß die deutschen Arbeiter am Krieg schuld seien. Er gebe auch nicht an, die deutschen Arbeiter für die Mißstände ihrer früheren Regierung verantwortlich zu machen. — Süder-Deutsch-Ostreich erklärte die belgischen Beschwerden für gerechtfertigt, aber auch die österreichischen Arbeiter hätten helfen können: sie seien buchstäblich in einem Zustand antiker Sklaverei geraten. — Gompers-Amerika sagte u. a., er sei ebenso wie Guter der Ansicht, daß durch die Vergangenheit ein toter

Strich gemacht werden sollte und daß man ein neues Kapitel beginnen müsse. — Appellon-England protestierte gegen die Erklärung Legiens, daß der Krieg für die Deutschen ein Verteidigungskrieg gewesen sei, das sei erst nach der Marne Schlacht geschehen. — Hierauf wurde von der französischen Delegation vorge schlagen, einen Ausschuß zu ernennen, um eine Resolution, betr. eine neue Internationale auf breiterer und soliderer Grundlage mit stärkeren Garantien für die Zukunft aufzusetzen. — Feudau-Frankreich sprach die Ansicht aus, daß die Führer der deutschen Gewerkschaften nicht ihre Pflicht getan hätten. — Hierauf wurde der Antrag der französischen Delegation angenommen. Der Ausschuß wird am Montag zusammen treten. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Kongreß am Montag um 1/2 Uhr eröffnet werden wird. Hierauf wurde die Vorkonferenz geschlossen.

nz. Amsterdam, 28. Juli. Auf dem heute nachmittag eröffneten internationalen Gewerkschaftskongreß hielt der Vorsitzende des niederländischen Verbandes der Gewerkschaftsbewegung, Kebegeest, die Begrüßungsrede an die, wie er sagte, mehr als 16 Millionen Arbeiter aus allen Ländern. Er erklärte, das Proletariat der gesamten Welt müsse sich jetzt zusammenschließen und sich gut organisieren, damit es nicht mehr möglich sei, eine solche Schande wie diesen Krieg über die Welt zu bringen. Der Kongreß müsse das Haus bauen, in dem man in Zukunft wohnen werde. Er werde zu dem Arbeitsabkommen Stellung nehmen, das von der Pariser Konferenz aufgestellt worden sei, und prüfen, ob es dem Ziel der Arbeiter entspreche. Desgleichen werde der Kongreß erwägen, ob der Völkerverbund, der die Arbeiterorganisation in die Hand nehmen solle, der Forderung der Berner Konferenz so weit entgegenkomme, daß für die Arbeiter ein Zusammenarbeiten mit ihm möglich und erwünscht sei. Kebegeest erklärte, bisher habe die Taktik der Gewerkschaftsbewegung darin bestanden, noch eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit zu streben. In allen Ländern folge jedoch auf die Erhöhung der Löhne stets eine Erhöhung der Kosten des Lebensunterhaltes und umgekehrt. Der Kongreß müsse einen Weg finden, um aus diesem verwerflichen Kreislauf herauszukommen. Zum Schluß drückte der Redner den Wunsch aus, daß der Kongreß ein Vorbild der Einheit und der Brüderlichkeit bieten möge.

Das internationale Luftabkommen.

London, 27. Juli. Die „Times“ veröffentlicht den Wortlaut des Abkommens für die internationale Luftschifffahrt, das in Paris festgestellt und bereits von mehreren Verbandsmächten gebilligt wurde. Das ganze Abkommen besteht aus 45 Paragraphen. Die wichtigsten Bestimmungen sind als bekannt vorausgesetzt worden. Verschiedene Paragraphen jedoch sind neu. § 27 besagt, der Transport von Explosivstoffen, Waffen und Kriegsmaterial durch Flugzeuge ist im internationalen Verkehr untersagt. Außerdem darf kein fremdes Flugzeug diese Waren innerhalb eines Staates von einem Ort nach einem andern transportieren. § 28 lautet: Jeder Staat erhält das Recht, die Ausführung und Verwendung von photographischen Apparaten in Flugzeugen zu verbieten oder zu regeln. Soweit diese Bestimmungen der internationalen Kommission für Luftschifffahrt unterbreitet worden sind, wird dieses Verbot oder diese Regelung als allgemein feststehend anerkannt werden. § 29 besagt: Weder das Überfliegen des Gebietes eines der Staaten, die dieses Abkommen unterzeichnen, noch die Landung auf diesem Gebiet wird militärischen Flugzeugen ohne diese Genehmigung gestattet sein. Wenn jedoch die Genehmigung dazu erteilt worden ist, wird das fremde militärische Flugzeug sämtliche Rechte der Territorialhoheit, die gewöhnlich fremden Kriegsschiffen gewährt werden, genießen. § 30 besagt: Es wird eine internationale Kommission für Luftschifffahrt gebildet werden. In dieser Kommission erhalten die Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Italien und Japan je zwei Vertreter, außerdem darf jeder der anderen Staaten einen Vertreter ernennen. Bei Abstimmungen gilt als allgemeine Regel, daß die fünf Großmächte zusammen eine Stimme mehr haben sollen als die Gesamtzahl der Vertreter der anderen Mächte zusammen. § 31 erklärt: Sämtliche Bestimmungen des vorliegenden Abkommens beeinträchtigen nicht die Freiheit der kontrahierenden Staaten weder als kriegsführende, noch als neutrale in einem Kriegsfalle.

Deutsch-Österreich.

nz. Wien, 27. Juli. Wie die Blätter melden, führt Unterstaatssekretär Pfleger die Geschäfte der äußeren Politik fort. Falls die Anwesenheit Pflegers wegen der Tiroler Frage in St. Germain sich als notwendig erweisen sollte, dürfte nach Ansicht der Blätter der österreichische Gesandte im Haag, Franz der vom Staatskanzler nach St. Germain berufen wurde, mit der provisorischen Stellvertretung des Außenministers bis Friedensschluß betraut werden. Erst nach der Rückkehr des Staatskanzlers nach Wien sollen Veränderungen im Staatsamt des Äußeren vorgenommen werden. Insbesondere sei nicht nur eine Neuordnung der konsularischen und diplomatischen Vertretung zu erwarten, es solle auch das neue System in den diplomatischen Dienst eingeführt werden, wobei Einfachheit und Sparsamkeit in den Verbergrund gerückt werden.

Staatskanzler Renner an Reichsminister Müller.
nz. Wien, 28. Juli. Anlässlich der Übernahme der Leitung des Auswärtigen Amtes richtete Staatskanzler Renner an den deutschen Reichsminister Müller folgendes Telegramm: Herr Reichsminister! Durch den Willen der Nationalversammlung mit der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten beauftragt, begreife ich Sie als Sozialwahrer des Reiches, dem Deutsch-Österreich durch Volkstum und Geschichte am nächsten steht. Ich erinnere Sie an diesem Tage an unsere vielfältige persönliche Freundschaft und spreche die Hoffnung aus, daß diese Freundschaft und Einigkeit den Beziehungen beider Staaten förderlich sein werde.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

nz. Berlin, 29. Juli. Zu den kommenden deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ u. a.: Es wäre dringend zu wünschen, daß bei diesen Verhandlungen die Polen sich nicht nur bereit erklärten, die deutschen Kriegsgefangenen, Geiseln und Internierten sofort freizulassen, sondern daß auch die Freilassung und Rückführung selbst so schnell erfolge, wie es die Transportverhältnisse zulassen. Weiter schreibt das Blatt, daß nach Berichten einer nach dem Kriegsgefangenenlager in Serbienro enttandenen neutralen Kommission sich die Verpflegung der dort untergebrachten etwa 1500 deutschen Kriegsgefangenen gebessert hat. Auf Grund von Klagen über Robereien einzelner polnischer Soldaten hat die polnische Regierung eine strenge Untersuchung eingeleitet. Im übrigen hat die polnische Regierung bereits am 21. Mai angeordnet, daß jeder Soldat, der sich erlaubt, die Gefangenen zu schlagen, sofort nach der Front geschickt wird.

Deutschland.

Die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

nz. Weimar, 26. Juli. Die gestern unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Meißner abgehaltene Vollversammlung des Staatenausschusses hat dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, zugestimmt.

Bayern und die Polak.

nz. Bamberg, 28. Juli. Der Ministerpräsident trat heute vormittag zur Besprechung der polnischen Frage sowie des Anstufes Ludow an Bayern zusammen. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Polak beschränktes Land ist und bleiben muß. Nachmittags wurden die Verhandlungen mit dem Koburger Regierungspräsidenten fortgesetzt, wobei auch Abgeordnete der einzelnen Fraktionen zugegen waren.

Beendigung des Berliner Telegraphenarbeiterstreiks.

nz. Berlin, 27. Juli. Die streikenden Telegraphenarbeiter sind am Sonntag bei der Oberpostdirektion von neuem vorstellig geworden, um eine Einigung herbeizuführen. Sie haben eine Erklärung unterzeichnet, nach der die Telegraphenarbeiter Groß-Berlins sich künftig während der Arbeitszeit an politischen Streiks und Demonstrationen nicht mehr beteiligen wollen. Ausstände wegen wirtschaftlichen Forderungen sollen erst nach Anrufung aller in Betracht kommenden Instanzen unter Einhaltung der Kündigungsfrist beschlossen werden. Dagegen hat die Streikkommission bei Wiedereinstellung der am Montag wegen des Streiks Entlassenen um Nachzahlung des Lohnes von Dienstag ab. Die Oberpostdirektion versprach, vom Reichspostminister die Entscheidung hierüber einzuholen. Bei einer neuen Versammlung der Telegraphenarbeiter am Montagabend wird das Ergebnis dieser neuen Verhandlung mitgeteilt und eventuell der Streik abgebrochen.

nz. Berlin, 29. Juli. Nach den Morgenblättern kann der Berliner Telegraphenarbeiterstreik als beendet betrachtet werden.

Neuerliche Verhaftung des Bankbeamten Marx.

nz. Berlin, 28. Juli. Laut „Vossischer Zeitung“ ist der Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Marx, heute morgen nach seiner Vernehmung in Moabit erneut verhaftet worden. Die Verhaftung hängt zusammen mit dem Verdacht, er habe Emonts bei seiner Flucht begünstigt.

C. K. Die Stephanskronen unter dem Hammer. Aus Wien wird berichtet, daß die ungarische Komptroregierung mit einer Münzener Antiquar über den Verkauf der ungarischen Königskrone verhandelt habe und daß das Diadem des heiligen Stephan wahrscheinlich versteigert werden würde. Jedenfalls wäre es ein trauriges Schicksal für dies osterrömisches Kleinod, das sich einst die Kaiser des heiligen deutschen Reichs römischer Nation mit Stolz aufs Haupt setzten, wenn es nun in die Hände irgend eines Privatmanns übergehen sollte. Die Krone ist ein Meisterwerk der byzantinischen Goldschmiedekunst; allerdings zeigt nur der Reif den Stilcharakter des Porzellanlandes, während die Bügel und das Kreuz die Jagd romanischer Arbeit aufweisen. Diese romanischen Stücke, die ursprünglich zu einer anderen Krone gehörten, sind älter als der Reif, den wahrscheinlich der griechische Kaiser Michael Ducos dem ungarischen Herzog Geisa geschenkt hat; sie stammen aus dem 10. Jahrhundert und dürften in einer italienischen Werkstatt verfertigt sein. Der goldene Kronreif ist in 16 längliche Bierede geteilt, die abwechselnd mit einem großen ungeschliffenen Edelstein und einem Brustbild in farbigen Porzellanfeldern ausgefüllt sind. In dem Feld über der Stirn- und Nackenmitte des Reifes sitzt ein großer Saphir, während die übrigen Steine Rubine und Smaragden sind. Die wunderbarsten Schmeltbilder stellen die Erzengel Gabriel und Michael, die griechischen Heiligen Georg, Demetrius, Cosmas und Damian sowie die Kaiser Konstantin und Michael Ducos dar. An der Vorderseite ist der Kronreif oben mit acht abwechselnd dreieckigen und rundbogigen Siebeln aus Goldblech befestigt, auf der Hinterseite mit Rubinen und Saphieren. Oben auf jedem Siebel sitzt ein birnenförmiger Edelstein, immer ein Rubin neben einem Saphir. Unter dem Rundbogen, der das nordere Mittelstück umschließt, befindet sich das Bild des Heilands als Weltrichter in farbigem Schmelz. Der Bügel, der den Kronreif von vorn nach hinten überwölbt, wird von einem zweiten Bügel getragen, der sich auf dem Scheitel zu einer vierreihigen Platte weitet. In diese Platte, die ebenfalls mit dem Bild des thronenden Weltbeherrschers geschmückt ist, ist ein glattes lateinisches Kreuz eingefügt, und zwar so ungenügend festgesetzt, daß das Kreuz sich im Lauf der Zeit lockerte und schräg stellte. Man hat dieses das ganze Diadem bekrönende Kreuz in seiner schiefen Lage gelassen, weil der Überbleibsel daran geknüpft war, daß die zufällige Richtung, die dieses liegende Kreuz bei der Krönung annahm, für die Zukunft des gekrönten Herrschers von großer Bedeutung sei. Die Platte, mit der die Stephanskronen jetzt ausgefüllt ist, ist von schwerem violetten Purpursamt und im 18. Jahrhundert eingefügt, vermutlich, um eine Illusion zu erregen, die schabhaft geworden war.

Ernstes und Heiteres aus der Musikerlaufbahn.

Eine Fülle interessanter anekdotischer Material findet sich in einer Klaunderel der kürzlich verstorbenen „Königin des Klavierspiels“, Teresa Carreno, deren Aufzeichnungen im nächsten Heft der bei der Deutschen Verlagsgesellschaft in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift „Über Land und Meer“ veröffentlicht werden. Teresa Carreno trat, noch nicht 9 Jahre alt, zum erstenmal im Jahre 1862 in New York auf, und während ihrer Künstlerlaufbahn, die sie länger als ein halbes Jahrhundert hindurch nach allen künstlerischen Zentralpunkten dieses und jenseits des Ozeans führte, lernte sie fast alle berühmten Musiker kennen. Ursprünglich war ihre Familie gegen ihr Auftreten sehr eingenommen, und zwar wegen der spanischen Vatersherkunft, denn Teresa Vater war im Ministerium von Venezuela, in ihrer Geburtsstadt Caracas, angestellt. Durch einen der dort häufigen plötzlichen Regierungswechsel verlor er jedoch Amt und Geld, und die kleine Teresa war dazu bestimmt, ihre Familie vor Rot zu bewahren. Mit 9 Jahren bewies sie einen unübertroffenen Reifer der Kunst, nämlich Rossini, in Paris kennen. Werkwürdigerweise gab ihr Rossini nicht Klavier, sondern Gesangsstunden, denn nachdem er sie geprüft hatte, erklärte er in seiner kurzen Weise: „Ich glaube, das Kind kann singen.“ Doch Teresa zog das Klavier dem Gesang vor, obwohl sie späterhin gelegentlich auch als Sängerin auftrat. In Paris machte sie auch die Bekanntschaft von Liszt. Nachdem sie ihm vorgespielt hatte, erklärte er: „Es wird nicht mehr lange dauern, Kleine, bis Sie eine der Unsterblichen sind.“ Ihnen Sie niemals jemandem nach, benehmen Sie immer Ihre Persönlichkeit, niemals lassen Sie sie außer acht! Schreiben Sie sich selbst treu, meine Kleine, was auch geschehen mag.“ Eine andere wunderliche Verurteilung, nämlich Rubinstein, war Teresa größter Lehrer. Sie rühmt die Schönheit seiner Hand, an der man ihn unbedingt stets hätte erkennen müssen, und führt als Beweis das folgende Gespräch an. „Als Rubinstein mit Wieniawski zusammen war, trafen wir uns ganz zufällig dadurch, daß wir in demselben Hotel abgestiegen waren. Ich wollte nicht, daß er sich in der Stadt besahe, noch hatte er eine Ahnung davon, daß ich in Amerika war. Unser Zusammenreffen war sehr lustig. Bei der Table d'hôte nämlich eines Abends war ich gerade sehr eifrig im Gespräch mit meinem Freund zu meiner Rechten und hatte deshalb einigen späteren Anstimmungen, die meine Nachbarin vor mir waren, sehr wenig Beachtung geschenkt. Richtig lebte ich eine Männerhand, die neben mir auf dem Tisch ruht. Das muß Rubinstein sein, sagte ich gleich zu mir, schaue meinem Nachbar ins Gesicht und finde ihn also in der Tat neben mir sitzen. Wir fahren beide auf wie der Blitz, und er umarmt mich herzlich, wie ich glaube, zur größten Verwunderung sämtlicher Gäste der Table d'hôte.“

In den Lebenserinnerungen der Carreno erzählt man auch zum erstenmal, auf welche Weise Tschaikowsky sein berühmtes B-Moll-Konzert dem ungeschicklichen Hans v. Bülow widmete. „Ich war in Moskau“, erzählte Bülow selbst darüber, „am eines Tages, als ich gerade dabei war, Rubinstein meinen Besuch zu melden, wurde ich fast übermannt von jemand, der die Treppe herunterstiege, gerade als ich hinaufging. Es war Tschaikowsky, der so aufgeregt war, wie man nur sein kann. „Sehen Sie her“, brach er hervor, indem er mir eine Rolle in die Hand drückte, „wollen Sie die Widmung annehmen?“ „Ja“, sagte ich einfach. „Gut, Sie sollen Sie haben“, erwiderte er und weg war er. Die Erklärung dafür war die folgende: Tschaikowsky hatte das Manuskript wenige Minuten vorher Rubinstein angeboten. Dieser aber hatte es in eine Fülle seines Rüstens geworfen und während abgepollert: „Was die Widmung eines solchen Quatsches wegen Sie mir anzubieten!“ „Sie können sich denken“, fuhr Bülow fort, „daß ich auf die Widmung nie mir an diese Weise aus zweiter Hand zuging, nicht besonders stolz bin.“ C. K.

Aus Kunst und Leben.

* Konzert. Madame Gabrielle Gills von der Pariser Großen Oper und die Herren Schiari (Violine) und Dorival (Klavier) hatten sich gestern Abend noch einmal im großen Saal des Rathauses zusammengefunden. Die beiden Herren brachten außer Handels-Dur-Sonate eine ansprechende Sonate von Gabriel Faure zu Gehör sowie eine Klaviersonate von Guillaume Lekeu. Schade nur, daß diese Kammermusik in dem prunkvoll großen Saal viel von ihrem Reiz einbüßte, schade auch, daß Lekeus schönes Werk zum Schluß gegeben wurde und durch die Unruhe im Saal — von den Aufstrebenden verursacht — empfindliche Störungen erlitt. Die Herren Schiari und Dorival meisterten die Werke durchaus, und während der Geiger seinen Vogen korrekt und sicher führte, erfreute der Pianist durch seinen vollsaffigen Anschlag, die perlenden Rufe und die feine Anschmiegsamkeit bei der Begleitung der Gesänge. Madame Gills wurde von ihren Landbesitzern besonders ausgezeichnet — fast nur diese füllten den Saal bis auf den letzten Platz — und mußte sich zu einer Zugabe verstehen, nachdem sie Lieder von Duparc, Rameau, Franck, Bruneau, Faure, Debussy und Charpentier gesungen hatte. Weber war es ein Genuss, ihrer weichen, wohlgeformten Sopranstimme zu lauschen. Hervorgehoben sei noch ihre musikalische Sicherheit. Die Künstlerin sang sämtliche Lieder auswendig. ck.

Die Umtriebe Eichhorns.

Berlin, 28. Juli. Die parlamentarische Untersuchungskommission hält auch nach der Vertagung der preussischen Landtagssammlung in dieser Woche eine Reihe von Sitzungen ab. Gestern und heute wurden die Zeugenvernehmungen fortgesetzt, die sich auf das Treiben des früheren Polizeipräsidenten Eichhorn beziehen. Acht Zeugen, die weiter vernommen worden sind, bestätigten die bekannten Dinge, die Eichhorn zur Last gelegt werden. Insbesondere machten auch heute mehrere Zeugen Angaben über die von Eichhorn befohlene Waffenausgabe an Zivilisten, natürlich an solche, die der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten angehören, sowie über die planmäßige Durchsetzung der Sicherheitswehr mit Zivilisten, worunter zahlreiche Juhälter und schwere Verbrecher gewesen seien. In der Nacht vom 9. zum 10. Dezember habe Eichhorn, nachdem zuvor Nieblich bei ihm gewesen, Alarmbereitschaft gegen die aus dem Felde zurückkehrenden, in Berlin einziehenden Frontsoldaten verhängt und sich der Kommandantur bemächtigt. Als einmal die Sicherheitswehr sich gegen die Einstellung von Zivilisten auflehnte, habe Eichhorn befohlen, die Tore zu schließen und auf anrückende Sicherheitstrupps zu schießen; ein Maschinengewehr sei schußfertig gemacht und eine Kompanie der Volksmarineinfanterie unter dem Grafen Wetternick herbeigerufen worden. Der Untersuchungskommission sagt jetzt bekanntlich unter Abwesenheit der Unabhängigen; diese sind unter einem Vorwand aus dem Ausschuss ausgetreten, obgleich dieser auf ihr eigenes Verlangen hin eingesetzt worden war. Als sie alle diese Zeugenvernehmungen kommen sahen, hatten sie augenscheinlich kein Interesse mehr an der weiteren Untersuchung. Herr Dr. Rosenfeld verweigerte seine Beteiligung unter dem Vorwand, daß die Reichstagsfraktion seiner Forderung, die Zeugen Eichhorn gegenüberzustellen, nicht entsprochen hätten.

Funkendienst Ruwen-Amerika.

Berlin, 28. Juli. Zwischen Ruwen und der amerikanischen Jurisdiction Belmont wird ein Funkendienst eröffnet. Das Wort ist bis zur ersten amerikanischen Zone New York 3.30 M., bis zu 8 Zone 7.30 M. Für die Preise beträgt der Preis durchweg 1/2, da alle unsere Briefe- und Kabeltelegramme per Kabel nach wie vor durch englische Kontrolle verhindert und verzögert werden können, so erhebt der Funkendienst als einzige unbehinderte Nachrichtenvermittlung. Unsere Funkentelegramme, die drei Monate nach der Ratifikation ganz frei gestellt werden, werden als Ruwenland gehört.

Stimmen aus dem Grabe.

Von Dr. Rutherford Schuhmann.

Die Nationalversammlung hat sich in einer feierlichen Sitzung wieder mit der alten Frage an der Schuld nach unserem Unglück beschäftigt. Auf den ungeschickten Vorstoß eines links-extremen Redners folgten die schon vorher angeführten Enthüllungen Erzbergers. Erzberger wird, mag er nun als Mensch und als Charakter sympathisch sein oder nicht, diesmal wohl alle Deutschen auf seiner Seite haben — ausgenommen jene, denen die Lüge aus der Kriegszeit her so sehr zur Lebensgewohnheit geworden ist, daß sie jetzt, wo der zivilisierte Apparat, der sie belog, nicht mehr da ist, in der ihnen so lieb gewordenen Atmosphäre dadurch weiterleben, daß sie sich selbst belügen. Aber waren es wirklich Enthüllungen, die der Minister brachte? War es nicht vielmehr das, was jeder denkende Deutsche schon lange wußte, weil er es aus allem, was sich, besonders während des letzten Kriegsjahres bei uns im Innern abgespielt hatte, einfach folgern mußte? Dem Sturm in der Nationalversammlung waren verschiedene recht aggressive Kundgebungen dazwischen, die seit dem Zusammenbruch, eigentlich allen Grund haben, zu schweigen vorausgegangen.

Im Namen der alten konservativen Partei Preußens haben Herr v. Seydewitz und Graf Westarp eine Erklärung veröffentlicht, in der die Wiederaufrichtung der Monarchie gefordert und den jetzigen Machthabern als den alleinigen Urheber alles unseres Elends ein erbitterter Kampf angelegt wird.

Wer erinnert sich nicht der Namen der beiden konservativen Abgeordneten als der mächtigen Führer einer mächtigen Partei, die zwar nicht offen als solche, als Partei, Macht ausüben wollte — denn das parlamentarische System, das Parteien zu ausschlaggebender Macht und Führung im Staatswesen verhilft, verabscheuten und bekämpften sie bis zum Messer —, deren Einfluß auf innere und äußere Politik aber dank der eigenartigen Struktur des früheren Deutschland-Breuzens oft ausschlaggebend, zu keiner Zeit aber gering war.

Die beiden waren persönlich makellose, äußerst energische, selbstbewußte und durchaus nicht beschränkte Männer. Die Welt, in der sie die geistige Führung hatten, ist vor ihren Augen versunken und verschollen, und sie stehen da unvollkommen und nicht begreifen dürfen, denn sonst müßten sie ja sich selbst anklagen. Da nun die Revolution, die sie von der Macht verdrängt, makellos unser Unglück vollendet und vertieft hat, klammern sie sich lieber daran, die Gegner anzulügen, um sich selbst erin zu machen.

Die Lösung wäre nun so einfach, wenn sich die streitenden Gruppen auf die zeitliche Reihenfolge dessen, was sie „Schuld“ nennen, besinnen und einigen wollten. Für diese Lösung, wo zuerst die Schuld lag, daß wir jetzt so dastehen, gibt besonders der Name Westarp einen Fingerzeig.

In der Reichstagskammer vom 26. Juni 1913 hat der Staatssekretär v. Kühlmann bei Besprechung der Kriegslage die bekannte Äußerung, daß der Krieg durch militärische Entscheidungen allein weder zu unseren noch zu der Gegner Gunsten entschieden werden könne, sondern daß dazu Verhandlungen notwendig seien. Seine Absicht bei diesen Worten war wohl in erster Linie, den bei uns insbesondere nach dem Zusammenbruch Russlands zu sehr ins Kraut gewachsenen Optimismus und die in weiten Kreisen künstlich hochgepöbelte Siegesstimmung etwas zu dämpfen, damit die Entscheidung nachher nicht zu furchtbar werde, wenn ein den wirklichen Kräfteverhältnissen und den Gewinnchancen beider Parteien entsprechender Verhandlungsfriede zustande käme; in zweiter Linie war es ein Appell an die Feinde. Dem Staatssekretär trat alsbald mit ungewöhnlich scharfen Worten der konservative Abgeordnete Graf Westarp „im Namen seiner politischen Freunde“ entgegen. Freilich seien, so führte er aus, zu jedem Frieden Verhandlungen nötig, aber zu diesen Verhandlungen müßten die Feinde eben durch unser Schwert gezwungen werden. Voraussetzung oder Verhandlung sei allein unser militärischer Sieg. Wie unser gutes Schwert im Osten den Frieden gebracht habe, so werde es im Westen bringen. Durch seine entgegengesetzte Ansicht sehe sich der Staatssekretär überdies in Gegensatz zu „Grundgedanken anderer Art“, die darauf hingewiesen hätten, daß nur der volle Sieg der Waffen zum Ziel führe. Rufus aus den Reihen des Reichstags wie „Adieu, Kühlmann“ begleiteten die im letzten Satz enthaltene Drohung des Redners mit der Autorität des Kaisers und der Obersten Heeresleitung.

Des Weiteren hatte Kühlmann in der richtigen Erkenntnis, daß bei unseren Feinden die Frage nach Schuld und Ursache des Kriegs stets eine ungeheuer viel größere Rolle gespielt hat,

als bei uns, sich mit klug berechneten Worten über die Schuld am Krieg ausgesprochen und diese Schuld in erster Linie auf Russland und seinen alten Machthabern zugeschrieben. Da in den Orientländern gerade zu dieser Zeit die Abneigung gegen Russland ungeheuer vor wegen seines Abfalles vom Bündnis und des Friedensschlusses mit Deutschland, so durfte Kühlmann mit Recht annehmen, daß, wenn überhaupt verhandelt würde, so lange wir noch militärisch ungeschlagen daständen, dies zunächst nur auf der Grundlage von Erörterungen und Feststellungen über die Schuld am Krieg geschehen konnte da die westlichen Völker weit mehr als wir den Krieg mit dem Maßstab eines Prozesses messen.

Auch hier verwarf der konservative Führer dem Staatsmann sofort das ganze Spiel. Die Auffassung Kühlmanns über Russlands Schuld am Krieg, rief Graf Westarp aus, sei in hechem Maße befremdend und Besorgnis erregend. Als Brandstifter des Kriegs und ausschließlich Schuldiger am Weltkrieg gelte beim deutschen Volk allein England; jeder Versuch, an dieser Auffassung des Volkes etwas zu ändern, sei energisch zurückzuweisen, da er den Kampfeswillen gegen England lähmen und so das notwendige Endziel, Belgien und die flandrische Küste unter deutschen Einfluß zu bringen, in Frage stellen müsse.

Kühlmanns Schicksal war hiermit besiegelt. Trotz einer späteren Erläuterung und Beschönigungsrede, die ihm seine Freunde sehr verdachten, wurde er zum Abgang gezwungen. Das Glück der Waffen, das uns so lange treu geblieben war, wurde wiederum versucht, diesmal auch gegen die immer mehr ankommenden amerikanischen Kräfte, deren Zahl und Anwesenheit Kühlmann wohl erkannt haben wird. Über sie durfte aber öffentlich nicht gesprochen werden, denn das deutsche Volk wachte zu dieser Zeit von ihnen noch nichts. Als Amerika in den Krieg eingetreten war, hatte die deutsche Presse, unter amtlicher Regie, den Amerikanern täglich haarfein bewiesen, oft mit zahlreichem statistischen Material, daß kaum ein amerikanischer Soldat über den Ozean kommen könnte wegen unserer U-Boote. Die Amerikaner hatten sich leider an diese Beweise nicht gehalten, aber für das deutsche Volk waren sie zur Zeit des Sturzes Kühlmanns noch maßgebend. Daher blieb denn beim Sturz dieses Mannes, des letzten Vertreters der Intelligenz, des wogenden Verbandes gegenüber dem blinden, bornierten Willen bei uns alles passiv und ruhig. Nur „die politischen Freunde“ des Grafen Westarp triumphierten.

Nun erheben die Männer dieser Richtung noch einmal ihr Haupt. Sie sagen den Gewalten, die den durch Verblendung verlorenen Krieg zu liquidieren hätten, aber dieser Aufgabe, wie voranzutreten war, nicht gemacht waren, den Kampf an. Die Vertreter dieser Gewalten, die andere Sorgen und andere Gegner haben, würden durch die Kampfanlage einer solchen Minderheit, über deren Gesinnung gegen sich sie so auch nie im Zweifel waren, nicht sonderlich bewegt werden, wenn diese Kampfanlage nicht auch eine Frage angeschnitten hätte, die im Gemüt der Deutschen durch ihre uralte Geschichte fest verankert ist, und die daher stets bei uns eine Rolle spielen wird, die Frage der Monarchie. Eins nur ist sicher: daß diese Frage jetzt auf lange hinaus vertagt werden muß; vertagt, bis wir endlich den straffgefügten und zentralisierten, alle Deutschen umfassenden Einheitsstaat haben werden, in welchem man von „Reservatrechten“ einzelner Bundesstaaten ebenso wenig hören wird, wie von der Gründung neuer Republiken im Gebiet des größten Bundesstaats. Daß unsere Entwicklung trotz aller Hemmungen, die ihr bereitet werden, dahin drängt, ist sicher; schon aus wirtschaftlichen Gründen. Ist dies Ziel erst erreicht, so wird sich sicher später wieder — in einer ferneren Zeit — von selbst auch die Frage erheben, ob dieser zentralisierte Staat denn durchaus eine Republik bleiben muß. Wird dann aber der der Geschichte und der Tradition der Deutschen entsprechende Zustand des Kaisertums wiederhergestellt, so ist es durchaus nicht nötig, dabei an die moderne, von einem Kranz kleinerer Bundesfürsten umgebene Militärmonarchie der Hohenzollern zu denken, wie es Westarp und Seydewitz und alle anderen denken vorzöge, die nichts gelernt und nichts vergessen haben, sondern man wäre, nachdem es auch kein Dabstunger Reich mehr gibt, völlig frei, noch weiter zurückzugreifen und anzuknüpfen an den ursprünglichen tausendjährigen Gedanken des alten deutschen Kaiserstaats.

Ausland.

Frankreich.

Bern, 28. Juli. Nach Meldungen der radikalen französischen Presse hat der Kongreß der radikalen Partei Frankreichs gestern nach weiteren Ausführungen des Deputierten Franklin-Bouillon, der das Kabinett Clemenceau scharf bekämpfte, trotz des Versuchs Renoult's, der sich zum Fürsprecher des Kabinetts aufwarf und den Standpunkt vertrat, daß selbst die Gegner Clemenceaus nicht anders könnten als den Friedensvertrag zu ratifizieren, mit außerordentlicher Mehrheit eine Resolution Franklin-Bouillon angenommen, in der die radikale Partei sich, ihren Grundsätzen und ihrer Verengbarkeit getreu, bereit erklärt, die Vereinigung aller linken Parteien zu erleichtern, welche in Ordnung und Gesehmäßigkeit an dem nationalen Wiederaufbau Frankreichs teilnehmen wollen. Ein Gegenantrag Bonnet, der eine Vereinigung mit den gemäßigten Parteien der Rechten verlangte, wurde mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Berlin, 28. Juli. Nach der „Chicago Tribune“ soll Frankreich Amerika die gesamten Vorräte an Kriegsmaterial, Transportmitteln und Lebensmitteln, die sich in Frankreich befinden, für 5 Milliarden Franken abgekauft haben. Die näheren Bedingungen würden am Freitag bekanntgegeben werden.

Italien.

Bern, 28. Juli. Salandra hat beim Kammerburca ein dreißigtägiges Urlaubsgesuch eingereicht, was in den Wandelgängen der Kammer viel kommentiert wird. Da während dieser Zeit der Verkauf Friedensvertrag und die vorhergehenden Pariser Verhandlungen sowie die Untersuchung über den Durchbruch von Karfreit und die von Salandra bekämpfte Wahlreform zur Debatte stehen.

Amerika.

Berlin, 28. Juli. Nach einer Meldung des „B. L. A.“ aus dem Haag brachte das Kongreßmitglied Sudspich einen Antrag ein, der verlangt, daß Mexiko militärisch besetzt werde bis dort eine zuverlässige Regierung gebildet werden könne.

Chicago, 28. Juli. Gestern abend fanden im Regierstadteil eine Anzahl Zusammenkünfte statt. Unter den Opfern befand sich ein Regier, der erkrankt, ein anderer, der schwer verletzt wurde.

Amsterdam, 28. Juli. Das Pressebureau Radio meldet aus New York: Der Streik der Seelente, Heizer und anderen Schiffarbeiter ist am Samstag beigelegt worden. Die Ausständigen erzielen höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Wiesbadener Nachrichten.

Zur Förderung des Handwerks.

Die letzte Hauptversammlung des Gewerbevereins für Nassau geht auf den Sommer 1914 zurück; im Verlauf der späteren Jahre konnten dann noch drei Besprechungen abgehalten werden. Auch zurzeit machen die Verhältnisse eine Hauptversammlung noch unmöglich. Vom Zentralvorstand war daher an die Vorstände der Lokalgewerbevereine sowie an die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe auf Montagvormittag in den Kommunallandtags-Sitzungssaal Einladung zu einem Reinigungs-austausch über die zurzeit hauptsächlich los Handwerker bewegenden Fragen ergangen, welcher aus allen Teilen des besetzten Gebiets Folge geleistet war. Der Vereinsvorsitzende Justizrat Widel eröffnete und leitete die Besprechung. Regierungsrat Müller als Vertreter der Regierung und der Vorsitzende der Handwerkskammer Carstens in Begleitung des Kammerpräsidenten Schröder waren als Ehrengäste anwesend. Als Zweck der Besprechung wurde bezeichnet, Anregungen zu geben und zu empfangen. Der Vorsitzende wendete sich in seiner Eröffnungsansprache mit aller Entschiedenheit gegen jede Verzögerung. Es sei verfehlt, jetzt über alles Geschehene nachzugräbeln, man müsse mit dem festen Willen, die bessernde Hand anzulegen, wo sich irgend welche Aussicht auf Erfolg zeige, die derzeitigen schwierigen Verhältnisse zu überwinden suchen. Nicht in allem sei man einer Meinung in den Gewerbevereinen. Die Reibung oder erst ergebe die Wärme. Nur sei Sorge zu tragen, daß der Boden zur gemeinsamen Arbeit aller Kreise in den Vereinen nicht verloren gehe. — Gewerbeinspektor Kern berichtete sodann kurz über Fragen der Reuebelegung und Organisation für Handwerk und Gewerbe. Der Hauptwert legt er auf die Organisation des Handwerks. Der Weg der freien Fachorganisation hat sich dabei als weniger gangbar erwiesen; erfreuliche Erfolge aber hat man mit Zwangsvereinigungen gemacht. Im letzten Jahr sind deren 11 neu gebildet worden und 20 derselben sind zurzeit noch in der Bildung begriffen. In drei Kreisen nur hat man vorgezogen, sich abwartend zu verhalten. Kreisverbände sind vorher im Oberverwaltungs- und Weisereich allerwärts vorhanden. Sie machen im übrigen die Gewerbevereine keinesfalls überflüssig. Die im Interesse des Gewerbes bestehenden Einrichtungen, z. B. beim Zentralverein, müßten in erster Linie nutzbar gemacht werden. Die Kreisverbände hätten die Bildung von Innungen nach Kräften zu unterstützen, den Genossenschaftsgedanken zu pflegen, bei der Regelung der öffentlichen Arbeitsvergebung mitzuwirken, Sorge zu tragen, daß die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Betrieben zur Einführung gelangen, sowie ferner bei der Berufsberatung, der Lehrlingsausbildung, dem Bräutigamswesen und der Förderung der Handwerksinteressen mitzuwirken. Im übrigen werde es jedem Vereinsvorsitzenden überlassen bleiben müssen, einzugreifen, wo es Not tue. Vor allem habe der Verein die innigste Pflege mit seinen einzelnen Mitgliedern zu unterhalten.

In der Besprechung des Vortrags führte Sad (Schwanheim) klage darüber, daß vielfach seit der Einführung des Achtstundens-Arbeitslags die Leute sich aus den Fabriken Rohmaterialien beschaffen und dem Handwerk mit Unterstützung der Presse Konkurrenz machen. Schinner (Hochheim), Vortel (Höflein), Odch (Wiedrich), Tumiller (Stierstadt), Schroeder (Eisenheim), Daniels (Ems), Müller (Hochheim), Knudhöfer (Niederlahnstein) haben dieselbe Erklärung gemacht. Von verschiedenen Rednern wird eine Besondereführung bei den Gewerkschaften angeregt, die ebenfalls mit einem derartigen Vorgehen der Gewerkschaft nicht einverstanden seien. Architekt Wolff (Wiesbaden) vom Zentralvorstand fordert dazu auf, in derartigen Fällen die Namen der beteiligten Vertriebsstellen sowohl wie die Fabrikbetriebe, welche die Rohmaterialien liefern, bekannt zu geben, um die Besondereführung zu ermöglichen. Röll (Montabaur) wies mitzuteilen, daß dort im Wesenstuch zu Wiesbaden und vielen anderen Plätzen das Handwerk so viel zu tun habe, daß man von Konjunkturen sprechen könne. Krupp (Kamp) möchte vom Zentralverein den Rohmaterialien Material zugewiesen werden, das sich zur Besprechung in Vereinstellungen eigne. Stadtb. Hansahn (Wiesbaden) betont, man werde sich nicht nur auf eine weitere Verfürzung der Arbeitszeit, sondern auch auf die Notwendigkeit der Urlaubserteilung mit fortlaufender Lohnzahlung gefaßt machen müssen, das Handwerk müsse sich zur besseren Vertretung seiner Interessen ähnlich wie die Gewerkschaften enger zusammenschließen. Auch Leinhardt (Elwille) beklagt den mangelnden Zusammenhalt im Handwerk. Röll (Niederlahnstein) möchte mehr Einheimische zu Vorträgen in den Gewerbevereinen herangezogen wissen. Röll (Niederlahnstein) rät, bei der Vorstandswahl mehr die jüngere Generation zu berücksichtigen. Stadtb. Röll (Wiesbaden) ersucht, der geschäftsmäßigsten der Gewerkschaften eine gleiche des Handwerks entgegenzustellen, den Gehilfen, der seine Pflicht göttlich außer acht lasse, zu entlassen und Ergaz zu tragen, so er nicht an anderen Plätzen wieder eingestellt werde. Stadtb. (Oberlahnstein) beantragt eine Besondereführung gegen die Nachteile des Achtstundentags. Müller (Ems) legt den Hauptwert auf die Heranbildung der Jugend. Wo man Wirtschaften zu Vereinstellungen nicht wöhlen wolle, möge man versuchen, Rathhäuser oder Schulklassen dafür zu erhalten. Damit wird diese Besprechung geschlossen.

Der die Tätigkeit der Kreisverbände berichtet ebenfalls Inspektor Kern. 18 Kreisverbände sind neu gebildet worden. Auch bestimmte Geschäftsführer sind bereits ernannt und hauptamtlich tätige Geschäftsführer bereits ernannt. Weiterwärts haben sich die Kreisverbände auch entwickelt. Alle Handwerkervereine sollten sich in diesen zusammenschließen, außer den Gewerbevereinen auch die Innungen und Genossenschaften. Sie müssen beitreten sein, allenfalls den Charakter öffentlicher Einrichtungen zu gewinnen, wie es in Wiesbaden und Frankfurt mit den Handwerksämtern schon der Fall sei. Die Verbände müßten sich ihre Aufgaben selbst suchen und mit ihrer Tätigkeit einsetzen, wo es Not tue. Die Aufforderung der Geschmitttel werde keine Schwierigkeiten machen. Zu der Sache sprachen Hartleb (Höflein), Reng (Wrouboch), Bruns (Niedesheim), Fiedenstein (Grenzhausen), Diehl (Diez), Müller (Ems). Zum Schluß gelangt ohne Widerspruch eine Entscheidung zur Annahme, in der betont wird, daß die Kreisverbände eine Einrichtung seien, die gefördert, bezw. weiter ausgebaut zu werden verdienen und monach es erwünscht erscheine, ihnen allenthalben amtlichen Charakter zu verleihen.

In einem längeren Vortrag behandelt dann der Handwerkskammerpräsident Schröder die Rohstoffversorgung. Die Sache ist von Reich wegen organisiert. In Berlin hat sich eine Hauptstelle zur Versorgung des Handwerks gebildet, welche Trez Aufgabe nach besten Kräften gerecht wird. Dreißig Wagenladungen sind dort schon eingetroffen, ebenso viele noch unterwegs. Verzögerung ist bei Lieferungen Bedingung. Die Rohstoffversorgung wird sich verbessern. Leber stellt es noch an Aufträgen, mit welchen das Publikum angesichts der hohen Preise immer noch zurückhält. Handwerkskammerpräsident Carstens gibt bekannt, daß Schmirgel und Leim, letzterer allerdings zu hohem Preis, abzugeben werden könne. Vielfach wird über das Fehlen von Röll ge-

Wagt, während am Montabaur mitgeteilt wird, daß solche dort ausbreitend vorhanden sei. Inspektor Kern spricht im weiteren Verlauf der Tagung über die Unterrichtszeit in den Fortbildungsschulen. In vier Schulen wird ein voller Vormittag, in 35 ein voller Nachmittag von dem Unterricht in Anspruch genommen, in je 11 Schulen findet dieser von 8 bis 7 Uhr abends, von 4 bis 3 Uhr, in 35 von 5 Uhr, in dem Rest von 6 Uhr abends ab statt. Nur in 50 Schulen hat der Zeichenunterricht auf einen Wochentag verlegt werden können. Der Gemeindevorstand hat gefällig die Unterrichtsstunden festzulegen, nicht der Vorstand. Wenn Erfolge erzielt werden sollen, muß Wert darauf gelegt werden, daß Lehrer und Schüler, wenn sie zum Unterricht kommen, noch leistungsfähig sind. Nach einer Mitteilung des Vorsitzenden hat der Zentralvorstand sich für die Ausdehnung der Schulpflicht auf die weibliche bezw. die ganze gewerbliche Jugend ausgesprochen. (Nach Niederlassungen) verwendet sich für die Aufbesserung der Entschädigungen für die Lehrer. Inspektor Kern stellt namens des Zentralvorstandes eine wohnwollende Prüfung der Angelegenheit in Aussicht, verheißt sich jedoch nicht, daß wenig Hoffnung auf Befriedigung dieser Wünsche vorhanden sei, falls die Gemeinden nicht mehr als bisher leisten wollen. Zum Schluß der Versammlung wurden noch verschiedene Wünsche rein örtlicher Natur vorgebracht, w.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung bezeichnet u. a. folgende Beratungsgegenstände: Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Stadt und ihren Arbeitern; Verkauf eines städtischen Bauplatzes an der Dillstraße; Projekt für die Errichtung von Mietwohnhäusern an der Reinger Straße; Neuordnung der Personalregelung der Steuerverwaltung; Wahl von zwei Wahlmännern für die Wahlen zur Landwirtschaftskammer des Regierungsbezirks Wiesbaden. Zum Schluß der wieder 18 Punkte umfassenden Tagesordnung steht die Anfrage des Stadtd. Schröder: „Welche Schritte gedenkt der Magistrat gegenüber der geplanten staatlichen Vermögensabgabe zu tun?“ sowie ferner die Anfrage der Stadtd. Hartmann, Ochs, Hiltner und Walther: „Sind die in der Versammlung des Heimstätten- und Mietervereins vom 16. Juli 1919 behaupteten Zahlen über Wohnnot in Wiesbaden zutreffend?“

Kohlenpreis-Erhöhung. Das Kohlenmonopol hat sich infolge der fortgesetzten Steigerung der Arbeitslöhne und sonstigen Unkosten genötigt gesehen, die Kohlenpreise mit rückwärtiger Kraft nicht unerheblich zu erhöhen. Infolgedessen ließ es sich nicht umgehen, auch für die Kleinhandelskohlenpreise eine entsprechende Steigerung eintreten zu lassen. Die nun jetzt ab gültigen Kohlenhöchstpreise sind in unserer heutigen Ausgabe durch den Magistrat veröffentlicht.

Empfang unserer Kriegsgefangenen. An diesen Orten läßt man sich zum Empfang unserer hoffentlich bald heimkehrenden Kriegsgefangenen, veranstaltet zu diesem Zweck Sammlungen usw. In dieser Hinsicht hat nach einer Bekanntmachung der Besatzungsbehörde der Kommandierende General der 10. Armee nunmehr u. a. folgendes verfügt: Die beim Waffenstillstand heimkehrenden deutschen Soldaten, die ihre Pflicht auf dem Schlachtfeld bis zuletzt erfüllt, sind ohne jede Festschickung empfangen worden. Es erscheint daher äußerst unlogisch, für die heimkehrenden Kriegsgefangenen — die verschiedentlich mehrere Jahre in Frankreich und seiner Gefangenschaft waren, und von denen einige diese bezwungene Situation durch freiwillige Ergebung gemählt haben, andere zu empfangen, als die damals beim lebende Truppe. Andererseits werden die Gefangenentransporte wegen der großen Reuefreiheit der Gefangenenlager sehr auseinandergezogen eintreffen. Es wird daher unterjagt jede gemeinschaftliche Manifestation (d. h. offizieller Empfang, Triumphe, Geld und Unterkräftsammlungen usw.) und darf der Empfang der Kriegsgefangenen den Einzel- und familiären Charakter nicht übersteigen.

Für die deutschen Gefangenen in Sibirien, die sich nach neuerlichen Anrufen auf etwa 20 000 Kriegs- und 28 bis 30 000 Zivilgefangene belaufen, ist eine gesonderte Unterführungsaktion, die mit 12 Millionen Mark baren Mitteln ausgestattet ist, in die Wege geleitet worden. Diese Gefangenen, die sich zum Teil in den Händen der Japaner, zum Teil in kaiserlich-russischen Gefangenenlagern befinden, können in diesem Jahre nicht mehr zurückgeführt werden, denn der Landweg ist durch die bolschewistischen Armeen versperrt und der Seeweg binnen kurzem nicht mehr befahrbar.

Zusammenfassung von Angehörigenverbänden. Der Verein der deutschen Kaufleute, G. B., in Berlin, teilt mit: Am 22. Juli 1919 haben die seit mehreren Monaten fortwährenden Verhandlungen zur Schaffung eines Einheitsverbands auf verschiedenen Berufsverbänden der Angestellten zu dem Ergebnis geführt, daß sich der Deutsche Gewer- und Fabrikbeamtenverband, Bodum, der Deutsche Privatbeamtenverein, Magdeburg, der Kaufmännische Verein von 1868, Hamburg, der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, und der Verein der deutschen Kaufleute, Berlin, zu einer neuen Organisation zusammenschließen. Leitende Gesichtspunkte für den Zusammenschluß sind: Vereinigung aller kaufmännischen, technischen und Gewerbeangestellten in freischicht-nationaler Serie auf streng gewerkschaftlicher Grundlage. Die Organisation kämpft mit allem Nachdruck für die volle Würdigung der geistigen Arbeit im Wirtschaftsleben und deren unbedingte Gleichwertigkeit unabhängig von der Kopfab der Berufsangehörigen mit der Handarbeit. Sie tritt ein für das freie Recht der Persönlichkeit. Sie lehnt daher bei aller Anerkennung der durch Staatsnötigkeiten gebotenen Sozialisierung geeigneter Wirtschaftszweige jede Maßnahme ab, welche die freie Initiative als ausschlaggebendes Mittel nationalen und persönlichen Aufstiegs hemmen würde. In allen Fällen besteht sie auf vollem Mitbestimmungsrecht der Angestellten in Gleichberechtigung neben den Vertretern der Arbeitgeber, sowohl gegenüber den einzelnen Betrieben als auch in den von der Gesetzgebung zu schaffenden öffentlichen Wirtschaftsorganen. Für den Aufbau der neuen Organisation wurden folgende Grundzüge festgelegt: 1. Unter der Bezeichnung: Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. d. A.) wird die Organisation ihrer Sitz in Berlin haben. An der Spitze werden ein beiderseitiger Vorstand und ein ehrenamtlicher Verwaltungsrat stehen. 2. Alle seine Aufgaben betrafen der G. d. A. die Sozialpolitik der Angestellten und das gesamte Gebiet gewerkschaftlicher Arbeit, einschließlich des Stellenmarktes und der Unterstützung bei Streit- und Konfliktfällen. 3. Alle bestehenden Geschäftsstellen der zusammengefügten Verbände werden in einheitliche Geschäftsstellen des Gewerkschaftsbundes umgewandelt. 4. Die Mitglieder der beteiligten Berufsverbände fahrt der G. d. A. in Hochgruppen zusammen, deren örtliche Mitgliedschaften an den einzelnen Plätzen ein Gewerkschaftsamt des Bundes bilden. Wohlsehrichtungen, Bildungsfragen und Jugendabteilungen verbleiben neben einigen anderen Organisationsangelegenheiten den Berufsverbänden. 5. Der Gewerkschaftsbund wird ein eigenes Organ herausgeben. Ein Bundesrat der G. d. A. und besondere Vertretertage seiner Hochgruppen gewährleisten die einheitliche sozialpolitische und gewerkschaftliche Arbeit im Sinne der Mitglieder.

Anschauungsunterricht für Juristen. Das Verständnis der juristischen Vorlesungen auf der Universität wird dadurch erleichtert, daß den Studierenden jede Vorlesung darüber folgt, wie das Recht gehandhabt wird und die Rechtsprechung

gen praktisch in die Erscheinung treten. Der Justizminister hat deshalb angeordnet, daß den Studierenden ein kurzer Einblick in die Tätigkeit der Rechtsbehörden sowie in die Art und den Gang ihrer Geschäfte vermittelt wird. Sie sollen in einigen Terminen in Zivilsachen, Vormundschaftsachen und Strafsachen als Zuhörer bewohnen. Dann sollen sie sich aus einfachen Prozeduren aus erlebigen Akten unterrichten. In Betracht kommen dafür Klagen, Revisionsbeschwerden, Zahlungsbefehle, Strafbefehle usw. Als geeignete Zeit wird die nach der Abschlußprüfung empfohlen, als geeignete Stelle in erster Linie die kleineren Amtsgerichte. Gehe die Rechtsstudierenden um Zulassung sind an die Landgerichtspräsidenten zu richten. Der Minister nennt diese Übungen selbst eine Art von Anschauungsunterricht.

Das Hotel zum Schwanen in Frankfurt a. M. wird in ein Kino umgewandelt. Dabur fallen die historischen Zimmer, in welchen am 10. Mai 1871 der Friede zu Frankfurt geschlossen, der Reuzzeit zum Opfer. „Der Rhein im Bild“ bringt in seiner Nummer 12, die wieder durch ihren interessanten Inhalt den Leser fesselt, die Ansicht des Schwanes. Auch zwei sehr gut gelungene Bilder der Illumination in Mainz und Kaiserlautern, ferner solche der Gedächtnisfeier in Bingen, der Friedensfeier in Paris und andere mehr.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verändertes. * Residenz-Theater. Für Samstag wird Franz Lehars unterirdische Operette „Die lustige Witwe“ vorbereitet mit Fräulein Warba in der Titelrolle. Die musikalische Leitung liegt in Händen des neu angestellten Kapellmeisters Ludwig Andro. — Son heute an ist die Theaterkasse jeden Vormittag von 10 bis 1 Uhr geöffnet und Eintrittskarten sind stets für drei aufeinander folgende Vorstellungen erhältlich.

Aus Provinz und Nachbarschaft. mz. Frankfurt a. M., 28. Juli. Die Internationale Einkaufsmesse in Frankfurt a. M. vom 1. bis 5. Oktober wird den Erzeugnissen aller Länder offen stehen. Der deutschen Wirtschaftslogie entsprechend erwartet man vor allem Rohstoffe und Halbfabrikate, um die deutsche Industrie in Gang zu bringen. Importartikel werden nur zum Handel im Transitverkehr zugelassen.

ht. Frankfurt a. M., 26. Juli. Das Goldwaren- und Uhren-geschäft von Fr. Bang, Rogmarkt 1, wurde von Einbrechern heim-gesucht, denen Waren im Werte von mehr als 50 000 M. in die Hände fielen. Die Diebe drangen von einem Geschäftsfloß im ersten Stock durch ein Loch, das sie in die Decke schlugen, in die zu ebener Erde belegenen Langhaken Räume ein und raubten hier alle erreichbaren Sachen zusammen. Bisher fehlt von den Einbrechern jede Spur. — Die Kriminalpolizei nahm abermals eine große, weibliche einge Einbrecherbande fest, der bisher 34 schwere Einbrüche in Lebensmittelgeschäfte nachgewiesen werden konnten. Der Schaden, den die Geschäfte durch die achtsöpfige Bande, vier Männer und vier Frauen, erlitten haben, ist außerordentlich hoch. Die Gesellschaft hat die Waren größtenteils unter der Hand verkauft, selbst aber von dem Diebstahl in Haus und Braus gelebt. — Das St. a. c. h. h. d. i. e. r. n. u. w. e. s. e. n. n. i. m. m. t. in Frankfurt einen derartigen Umfang an, daß es sich zu einer schweren wirtschaftlichen Gefahr für das Rheinhandels-gewerbe auswächst. Neben 200 Händlern, denen die Polizei feste Plätze zuweist, gibt es über Frankfurt verstreut noch rund 3000 „Wilde“ Händler, unter denen sich viele Arbeitslose befinden, die Unterhaltungsbezogen. Gegen diesen Unzug haben nun die Rhein-handelsorganisationen den Kampf bis auf Äußerste beschlossen. Ob es bei der gegenwärtigen „Freiheit“ gelingt, erscheint fraglich.

Sport.

er. Wettkampfausschüttung des D. R. A. F. L. Der Deutsche Reichsausschüttung für Leibesübungen hielt im Reichsamt des Innern eine Wettkampfausschüttung ab. Die Tagung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage und Durchführung der deutschen Kampfwettkämpfe 1921, deren Programm sich in drei Gruppen teilen soll, und zwar in eine Winterwoche (Eislauf, Schneelau usw.) Anfang des Jahres in Garnisch-Bartenkirchen, eine Sommerwoche (Rudern, Reitmatten, Turnen, Leicht-, Scherathletik, Radsport, Schwimmen, Segelwettkampf, Göttertag für Länderkampf mit verschiedenen Wettbewerben), während die Spielwoche in zwei Teile zerlegt werden soll. Fußball und Hockey sollen danach etwa Ende Mai und die Turnspiele (Schlagball, Barlauf, Tamburball, Korfball), Tennis, Radsport, Golf in die Hauptspielwoche fallen. Die finanziellen Mittel für die turnerischen und sportlichen Veranstaltungen dürften als sichergestellt anzusehen sein. Die allgemeine Werbetätigkeit, die Kampfwettkämpfe zu einem in ganz Deutschland empfindenden Volksfest zu gestalten, soll durch Schaffung von Spielplätzen und Anstellung von Schreibern erlangt werden. Den Kampfsport sollen im nächsten Jahre in allen bestehenden und noch zu gründenden Ortsgruppen des D. R. A. Schulen usw. Vorspiele vorausgehen. — Zum Ausbau der Lehrkräfte des D. R. A. im Stadion sollen die Verbände der Frage näher treten und in ihrem eigenen Kreise größere Verbündungen davon machen. Der Deutsche Kampfsportverband brachte zur Kenntnis, daß er das Bozen in sein Programm aufgenommen hat, wovon der Wettkampfausschüttung Kenntnis nimmt und ihn als die maßgebende Vertretung dafür anerkennt.

er. Die Deutschen Schwimmer-Verbandsmitglieder gelangen auf dem 23. Verbandstag des Deutschen Schwimm-Verbands, der der S. S. Hellas-Magdeburg auf seiner neuen Anlage in einem ehemaligen Firt der alten Felsung Magdeburg veranstaltet, am 18. und 17. Aug. zum Austrag. Von Wettkampfsachen kommen 100 Meter beliebig, 100 Meter Rücken, 100 Meter Brust, 100 Meter Seite, 1500 Meter beliebig-Schwimmen, im Rekrutentag (Streckentauchen, Springen, 100-Meter-Schwimmen), im Springen, 100 Meter Damen-Schwimmen und im Wasserball zur Entscheidung.

* Wettkampfschlämpfe für das besetzte Gebiet. Es wurde der Ludwigshafener Fußballgesellschaft 1903, G. B., die Austragung der Wettkampfsachen in Reichs- und Schwerathletik übertragen. Diese finden nun am 10. August d. J. auf dem Sportplatz von Ludwigshafen statt. Der erste Sieger in jeder Konkurrenz erhält jeweils den Titel „Meister des besetzten Gebiets 1919“.

* Josef Kaiser, dem neuen Stalljockey des Freiherren v. Oppenheim, wurde wegen seines rücksichtslosen Reitens im Engelbert-Häutenberg-Rennen zu Brunenwald am 24. Juli die Reittizgen für den Rest dieses Jahres entzogen.

Gerichtssaal.

FC. Französisches Militär-Polizeigericht Wiesbaden-Stadt. Die Brüder Daniel und Hans Johann A. von hier wurden kürzlich mit einem kalben Zentner Kaffee und ebenso viel Schokolade auf dem Bahnhof Hohenstein angehalten, als sie die Ware über die Grenze aufzuführen beabsichtigten. Das Gericht verurteilte erziehen, der nicht erziehen zu zwei Tagen Gefängnis und 100 M. — Heinrich G. hier-schäft war ohne besondere Autofahrt auf einer Fahrt angetroffen worden. Urteil: 30 M. Geldstrafe. — Bei Frau Katharine F. fand man gelegentlich einer Hausdurchsuchung einen Säbel und einen Degen vor, die sie nicht abgeliefert hatte. Sie erhielt eine Geldstrafe von 25 M. — Wegen Ubertretung der Polizeistunde nahm das Gericht acht hiesige Einwohner in Geldstrafen von 20 bis 30 M. — Die 16-jährige Lucie S. wurde umlagert auf dem Bahnhof Höchst mit 44 Tafeln Schokolade angehalten. Da sie nach Frankfurt schmuggeln wollte. Urteil: zwei Tage Gefängnis und 200 M. Geld-strafe. Nachmals hielt man sie, als sie von dem besetzten in das besetzte Gebiet passierte, ohne Frontkarte an. Hierfür bekam sie mehrere zwei Tage Gefängnis und 250 M. Geldstrafe. Für die Strafe ist der Vater verantwortlich. — Bei Worsdorf kontrollierte die Patrouille den Martin A. von hier. Er führte 35 Kilo Kaffee bei sich. Auch dessen Sohn Franz mußte sich einer Revision unterziehen, der ihn begleitete. Bei ihm wurden 25 Kilo Kaffee satzungsgemäß. Das Gericht nahm den Sohn, der nicht erziehen, in eine Gefängnis-strafe von vier Tagen und in eine Geldstrafe von 200 M., der Vater kam mit zwei Tagen Gefängnis und 100 M. Geldstrafe davon. — Bei 44 Pfund Seife und Zigaretten wurde der Ludwig S. von hier bei dem Dorf Duppert abgefaßt. Intraf eine Gefängnisstrafe von zwei Tagen und eine Geldstrafe von 100 M. — Therese F. von hier hatte Kaffee, Seife und Fett bei sich, als man sie im Laumas an der Grenze nach dem unbesetzten Gebiet bei einer Revision

unterjag. Urteil: zwei Tage Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. — Eine Erlaubnisfahre fuhr eines Tages der Wilhelm S. von hier mit einem Automobil. Mit 50 M. Geldstrafe muß er diese Verschlingung büßen. — Sechs hiesige Einwohner wurden wegen Vagabondieren mit 10 bis 20 M. Geldstrafe belegt.

Neues aus aller Welt.

Von Silberern erschossen. mz. Saarbrücken, 28. Juli. Von Silberern erschossen wurde gestern morgen der Jagdhüter Schneider aus Serrig. Er war morgens gegen 5 Uhr auf einem Kontrollgang durch das Revier begriffen, wobei er mit Wildschweinen zusammenstieß. Er erhielt mehrere Schüsse in den Leib und wurde so schwer verletzt, daß er am Abend starb. Die hiesige Kriminal-polizei ist mit den Ermittlungen nach den unbekannten Tätern beauftragt.

Verurteilungen eines Rassenverwalters. mz. Berlin, 29. Juli. Die das „Achtuhrabendblatt“ meldet, sollen umfangreiche Verurteilungen, die sich nach vorläufigen Schätzungen auf 300 000 Mark belaufen, jetzt bei der ehemaligen Betriebsabteilung der Inspektion der Kraftfahrtruppen festgesetzt worden sein. Als Täter komme der Rassenverwalter Hofrichter in Frage, der verhaftet worden sei.

Handelsteil.

Berliner Börse.

Kurse vom 28. Juli 1919.

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Hohenzollernwerke, Hoesch Eisen u. Stahl, etc. Includes various stock market data.

Banken und Geldmarkt.

* Zum Verbot der Ausfuhr und Veräußerung ausländischer Wertpapiere. Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist die Wirksamkeit der Anordnung, betreffend das Verbot der Ausfuhr, Veräußerung oder Verpfändung ausländischer Wertpapiere vom 26. März 1919, in der Weise ausgedehnt worden, daß an die Stelle des 31. Mai d. J. der 30. September 1919 tritt.

* Darlehenskassenscheine. Auf Grund des Darlehenskassengesetzes wird bekanntgegeben, daß am 30. Juni 1919 Darlehenskassenscheine im Betrage von 21 184 500 000 M. ausgegeben waren. Hiervon befanden sich 11 919 608 000 Mark im freien Verkehr.

Industrie und Handel.

mz. Preiserhöhung für Briketts. Essen, 27. Juli. Die geehrte Versammlung des Zechebesitzervereins und des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats beschloß, mit Rücksicht auf die bevorstehende Erhöhung des Pechpreises den Richtpreis für Briketts ab 1. August um 200 M. zu erhöhen.

* Mathes Müller, Kommandit-Ges. auf Aktien, Eltville am Rheine. Die Verwaltung dieser Schaanweinfirma beantragt Erhöhung des Aktienkommanditkapitals. Festsetzung der Einzelheiten der Aktienausgabe und entsprechende Änderung der Satzungen.

* Durchführung eines Kaliwirtschaftsgesetzes. Laut Verordnung des Reichswirtschaftsministers treten die Vorschriften zur Durchführung des Kaliwirtschaftsgesetzes vom 18. Juli 1919 vorbehaltlich der Bestimmungen des § 105 Abs. 1 dieser Vorschriften mit Wirkung vom 22. Juli 1919 in Kraft.

* Die Lederzwangswirtschaft noch nicht aufgehoben. Berlin, 27. Juli. Die von verschiedenen Zeitungen gebrachte Meldung, daß die Lederzwangswirtschaft aufgehoben worden sei, ist unzutreffend. Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist durch einen zu dieser Frage veröffentlichten Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung eine Änderung der Rechtslage bisher nicht eingetreten. Sämtliche Beschlagnahme- und Höchstpreisvorschriften sind vielmehr solange in Kraft, bis sie durch eine entsprechende Verordnung aufgehoben werden.

Wetterberichte.

Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden.

Table with columns: 28. Juli 1919, 7 Uhr 27, 2 Uhr 27, 9 Uhr 27, Mittel. Includes weather data for Wiesbaden.

Wasserstand des Rheins.

Table with columns: Hiesig, Pegel, 2.78 m gegen 2.75 m gestrigen Vormittag, Caub, Mainz. Includes water level data for the Rhine.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptverleger: H. Jegerhorst.

Verantwortlich für den Inhalt: H. Jegerhorst. Für den Inhalt des Sonderausgaben: H. Jegerhorst. Für den Inhalt des Sonderausgaben: H. Jegerhorst.

Druck u. Verlag der S. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

Wagners
Vergnügungs-Park
Alte Adolphshöhe.

Täglich **Tanz**
mit verstärktem Orchester (12 Mann). Anfang 6 Uhr abends.

Wagners
Vergnügungs-Park
Alte Adolphshöhe.

Schuhwaren!

Hotsandalen mit und ohne Gelenk, für Herren, Damen und Kinder, jedes Paar 95 Pfg.
Segeltuchschuhschuhe, genähte Ledersohlen 650
und Fleck, 31/35 Paar Mk. 7.50, 27/30 Paar
Rindleder-Schuhwaren in großer Auswahl.
Schuhhaus Kuhn Bleichstraße 11
Wellritzstraße 26

Gummi-Mäntel

mit bester Gummierung, sind in großer Auswahl vorrätig
für Damen u. Herren
P. A. Stoss Nachf.
Taunusstraße 2. Telephon 227 u. 6527.

Gummi-Mäntel

in großer Auswahl vorrätig
Leichtere Qualität je nach Länge
Mk. 140.— 150.— 160.— 170.—
Schwere Qualitäten
Mk. 195.— 235.— 265.— 275.—

Heinrich Wels
Kirchgasse 64.
K 147

Bon täglichen
Waggonladungen

Weißtraut Pfd. 20 Pf., Zentner Mk. 18.—
Karotten Pfd. 25 Pf., Zentner Mk. 24.—
Zwiebeln Pfd. 40 Pf., Zentner Mk. 38.—
Frische Erbsen Pfd. 65 Pf., Zentner Mk. 60.—
Grüne Bohnen Pfd. 60 Pf., Zentner Mk. 55.—
Gelbe Bohnen Pfd. 80 Pf., Zentner Mk. 75.—
Orangen, Zitronen, Feigen, Malaga-Rosinen
Sultaninen, Baré-Mandeln, gebr. Kaffee,
amerik. Schokolade
alles zu billigen Preisen. Groß- und Kleinverkau

Hermann Knapp
Friedrichstraße 8. Telephon 645

Ganze Hühner zerhackt per Pfund 3.—
Enten von 5.50 bis 12.—
Schwere Hühner von 10.— bis 15.—
Nur Frankfurterstraße 26, 1. St., Betr

Husten.

Wiesbadener Tabletten
gebraucht man gegen Husten, Keuchhusten, Bronchitis,
Larynx und dergl. mehr. 737
Schützenhof-Apothete, Langgasse 11.

Zigarren

rein überseeische Ware, 100 Stk., sowie 30 Stk.
garantierter reiner Tabak (Feinschnitt) hat abzugeben
Jacob Arnt, Oppenheim,
Rheinstraße 15.

Samtliche bis jetzt erschienene
Courths-, Mahler- u. Lehne-Romane
stets vorrätig. **Hermann Ferger, Buchh.,**
Schwalb. Str. 33, gegenüb. d. Faulbrunnens

Wiesbadener Weiß
Prima Malerleim (weiß)

empfehlen **August Rörig & Cie.**
Farben-, Lack- und Kittfabrik, Marktstraße 6.

Garantiert reines Bienenwachs
für alle besseren Holzarten, in 1/2-Kilo-Dosen à 16 Mk.
empfehlen

August Rörig & Cie.,
Farben-, Lack- u. Kitt-Fabrik. — 6 Marktstraße

Feinster holländ.
Käse
Mk. 9.60 per Pfund
Wiederverkäufer billiger.

Bollmilch
kondensiert, gesüßert
Mk. 4.50 per Dose

P. Lehr
4 Ellenbogengasse 4
13 Moritzstraße 13.
Gut liegende

Pflaster
auch für Kerze.
Dosa. Badc, Lammstr. 5.

Anzündholz per Ztr. Mk. 7.20
Abfallholz per Ztr. Mk. 5.60
bei ins Haus liefert **W. Gail Wwe.,**
Wiesbaden, Schwabacher Straße 2. Telef. 84.

2 perfekte Verkäuferinnen
für Kolonialwaren für sofort gesucht.
Offerten unter H. 400 an den Tagbl.-Verf.

Sehenswert!

Strickjacken

für kühle Abende.

Ein Bedürfnis für jede Dame, die ihre Garderobe komplettieren will

Ausgesuchte schöne Farben und Façons habe ich täglich in Pariser Neuheiten anzubieten, für die ich zum größten Teil den Alleinverkauf habe. — Farben- und Façon-Auswahl unerreicht.

Segall

en gros en détail
Langgasse 35.

Mein Hut der hat drei Ecken!

Umpressen, Neuherichten, Fassonieren etc.
von Herren- und Damen-Hüten
unter Garantie tadelloser Ausführung bei billigsten
= Preisen. =

Annahmestelle: Kleistsstraße 8, Part. links.

Sie schneiden sich ins eigene Fleisch

wenn Sie Rost und Wasserstein in Ihren Bädewannen weiterfressen lassen. Senden Sie Ihre Adresse, komme persönlich zu Ihnen. F85
W. Bach, Rudolfstr. 6, Karlsruhe.

Garantiert reinen Lederleim

Fabrikat Colgnat père et fils, Lyon haben 200 Sack abzugeben
Farbenwerk Wiesbaden G. m. b. H.
Wiesbaden.

Brillanten und Perlen,
Eisbarschen, Bekede, Polate, Leuchter, Service, gold. Uhren und Ketten, Pfandscheine lauft zu hohen Preisen
H. Geizhals, Webergasse 14. Tel. 4139.

Gefunden

hat man **Faulbrunnensstr. 9** bei **Jean Stief,** langjähriger L. Zuschneider im In- und Auslande, daß man **Herren- u. Knabenkleider** aller Art tatellos angefertigt und umgearbeitet bekommt.

Neue Kohlen-Karten!

Ich habe den Vertrieb von **Brenn-Materialien** wieder aufgenommen und nehme **Neuanmeldungen** noch jederzeit entgegen. — Auf Wunsch lasse ich die neuen Karten abholen. .
Karl Hoch
Dotzheimer Straße 109. Telephon 2372.

Stirn-Netze
40/40 echtes Haar
Stück 1.00 Mark

Hauben-Netze
Stück 1.20 Mark
Detle, Michelsberg 6

Mitteilung!

Infolge des enormen Andranges zur Versteigerung, bei der viele Kauflustige in dem Gedränge nicht bedient werden konnten, werden die noch vorhandenen Restbestände, wie:

Mäntel, Röcke
Kostüme, Blusen etc.

zu jedem annehmbaren Preise freihändig **ausverkauft.** 1018
Nie wiederkehrende Kaufgelegenheit!

S. Hamburger

Langgasse 7.

Neu eingetroffen:

4000 Kilo
Amerikanische Schokolade

Deersand-Engros-Haus J. Ch. Fischer
Adelheidsstraße 20. Tel. 3610.

Brennholz

in Eichen, Buchen u. Kiefern, geschnitten oder ganze Länge, sowie Kugelhölzer aller Art liefert billigst waggonweise **Friedrich Hager, Kalkerslautern,** Finkenstraße 22. Tel. 110.
Eilangebote erwünscht. F100